

Die Krise ist da

Armut in Deutschland auf dem Vormarsch

ULRICH SCHNEIDER,
GWENDOLYN STILLING UND
CHRISTIAN WOLTERING

Dr. Ulrich Schneider ist Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e. V.

Gwendolyn Stilling ist Pressesprecherin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e. V.

Christian Woltering ist Referent für fachpolitische Grundsatzfragen im Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.
www.der-paritaetische.de

Ende letzten Jahres hat der Paritätische Wohlfahrtsverband seinen neuen Armutsbericht für Deutschland vorgelegt. Sein Fazit: Die Armutsgefährdungsquote habe seit 2006 stetig zugenommen und befinde sich mit 15,1 Prozent nun auf einem Höchststand seit der Vereinigung.

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Der Standard der sozialen Infrastruktur in Deutschland ist auf sehr hohem Niveau. Grund dafür sind die hart erkämpften Errungenschaften unseres Sozialstaats, um die uns viele Länder beneiden, und (das wird häufig vergessen) natürlich auch die wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands, die zu einem hohen gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsniveau geführt haben.

Fakt ist jedoch: Der Wohlstand und die Chancen auf Teilhabe sind in Deutschland zutiefst ungleich verteilt. Und die Schere spreizt sich immer weiter: Zwischen denen, die viel haben und von wirtschaftlichen Erfolgen und steigenden Gewinnen profitieren, und denen, die von ihrer Arbeit kaum den eigenen Lebensunterhalt bestreiten können und durch materielle Armut und Perspektivlosigkeit an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt werden.

Der jüngste Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes legte den Finger einmal mehr in die Wunde: Deutschland ist ein tief zerrissenes Land – sozial und regional. Die Armut hat mittlerweile ein Rekordhoch seit der Vereinigung erreicht, Tendenz steigend. Wenn von politischer Seite aus nicht endlich beherzt gehandelt wird, Maßnahmen zur Armutsbekämpfung ergriffen und dem zunehmenden Auseinanderdriften der Gesellschaft etwas entgegengesetzt wird, werden die Folgen dramatisch sein. Auf dem Spiel stehen unser Sozialstaat, unsere Demokratie – kurz: der Lebensstandort Deutschland.

Der Armutsbericht: Methodische Vorbemerkungen

Im Mai 2009 legte der Paritätische Wohlfahrtsverband zum ersten Mal einen Armutsatlas für Regionen in Deutschland vor. (1) Da bei dieser ersten regionalen Betrachtung lediglich auf drei Erhebungswellen (2005 bis 2007) zurückgegriffen werden konnte, handelte es sich damals um eine Momentaufnahme.

Entwicklungen nachzuzeichnen und zu analysieren, gelang erstmalig mit dem Paritätischen Armutsbericht 2011. (2) Durch die Zusammenführung der Erkenntnisse des Armutsatlas einerseits und den seitdem regelmäßig veröffentlichten regionalen Armutsquoten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (3) andererseits, konnten erstmalig Trends (4) analysiert werden.

In dem aktuellen Armutsbericht 2012 (5) konnte der Analysezeitraum um das Jahr 2011 ergänzt werden. Erstmals wurden in diesem Bericht darüber hinaus eigene Armutsquoten für das Ruhrgebiet ermittelt. In der regionalen Armutsforschung hat der Paritätische damit Maßstäbe setzen können.

Die amtlichen Armutsquoten, mit denen in dieser Bilanz gearbeitet wird, beruhen auf dem Mikrozensus, einer groß angelegten jährlichen Befragung von Haushalten in Deutschland, die als die valideste Datenquelle angesehen werden kann, wenn es um die Ermittlung von Armutsquoten in Deutschland geht, und die als einzige in der Lage ist, die Quoten zeitnah zu bieten. (6) Es ist

die einzige Datenquelle, die derzeit Armutsquoten für das Jahr 2011 liefert.

Kritiker führen an, dass man angesichts der absoluten Armut in vielen Regionen dieser Welt in Deutschland eigentlich nicht von Armut sprechen könne. Bundesarbeitsministerin von der Leyen selbst reagierte auf die Veröffentlichung des Berichts des Paritätischen mit dem Kommentar, man »sollte die Probleme weder dramatisieren noch kleinreden«. Armut sei »in einem reichen Land wie Deutschland relativ«. (7)

Bei der Berechnung der dem Bericht zu Grunde liegenden »relativen Armutsquoten« werden, wie mittlerweile in der Europäischen Union üblich, Personen in Haushalten gezählt, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) in Deutschland beträgt. Es wird in diesen Fällen von »Armutsnähe« oder »Armutgefährdung« gesprochen. Richtig ist: Theoretisch bildet die Armutgefährdungsquote damit erst einmal vor allem Einkommensspreizungen in einer Gesellschaft ab. Ob tatsächlich von Einkommensarmut gesprochen werden sollte, hängt in der Tat unter anderem von den konkreten Schwellenwerten ab. Im Jahre 2011 lag die so errechnete, quasi-amtliche Armutgefährdungsschwelle für einen Singlehaushalt bei 848 Euro. Für Familien mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren lag sie bei 1781 Euro. (8)

Die 60-Prozent-Grenze liegt damit für den Alleinlebenden noch relativ deutlich über der durchschnittlichen Hartz-IV-Bedarfsschwelle von 690 Euro, die je nach Region – wie zuletzt das Arbeitsministerium selbst am Beispiel Wiesbaden deutlich machte – auch bis 830 Euro (9) reichen kann. Bei der angesproche-

nen Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren betrug die Differenz im Durchschnitt sogar nur noch 90 Euro.

Angesichts der Tatsache, dass die Hartz-IV-Regelsätze im Jahre 2011 keinesfalls bedarfsdeckend, sondern um rund 30 Prozent zu niedrig bemessen waren (10), stellt daher die 60-Prozent-Armutgefährdungsgrenze eine in ihrer Höhe plausible Kennziffer zur Bestimmung von Einkommensarmut dar.

»Die Armutsentwicklung hat sich von der Wirtschaftsleistung abgekoppelt«

Immer wieder neu wird bei der Veröffentlichung solcher Quoten die Frage gestellt, ob es überhaupt sinnvoll sei, eine einheitliche Armutsschwelle für die gesamte Bundesrepublik als Messlatte der Entwicklung anzusetzen. Dürfen Einkommensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern mit denen in Hamburg oder München verglichen werden? Darf man das Ruhrgebiet mit Stuttgart »über einen Kamm scheren«?

Diese Frage ist weniger eine wissenschaftlich-methodische als vielmehr eine politische. Unter methodischen Gesichtspunkten würde die sehr kleinräumige Berechnung regionaler Armutsschwellen dazu führen, dass die Armut schlicht verschwinden würde. Wo keiner etwas besitzt, gibt es auch keine Einkommensungleichheit und damit keine relative Armut. Wo allgemeine und alle umfassende Unterversorgung ohnehin Standard ist, können keine relativen Armutsquoten berechnet werden. Auch diese Tatsache macht die politische Brisanz dieser Frage deutlich. Wer in einer Stadt wie Berlin darauf be-

stehen würde, unterschiedliche regionale Armutsschwellen für den Villenstadtteil Grunewald einerseits und Neukölln andererseits anzulegen, wird nicht mehr in der Lage sein, soziale Schieflagen, Einkommensungleichheiten und Armut und Ausgrenzung zwischen diesen beiden Stadtteilen abzubilden.

Wer dagegen im Sinne der in Artikel 72 des Grundgesetzes geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhält-

nisse Deutschland als Gemeinwesen und nationale soziale Zerrissenheit als politisches Problem begreift, wird nicht umhin kommen, eine bundesweite Armutsschwelle zu definieren, an der sich die regionalen Verhältnisse zu messen haben. Aus dem neuen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes lassen sich vier zentrale Befunde ableiten.

Erster Befund: Die Armut in Deutschland ist auf Rekordhoch

Mit einer Armutgefährdungsquote von 15,1 Prozent wurde 2011 ein absoluter Höchststand seit der deutschen Wiedervereinigung erreicht. Hatte es im letzten Paritätischen Armutsbericht noch den Eindruck, als habe sich die Armutquote bei rund 14,5 Prozent eingependelt, so schoss sie von 2010 auf 2011 tatsächlich noch einmal um 4 Prozent nach oben und übersprang erstmalig die 15-Prozent-Marke. Besonders besorgniserregend dabei: Die Daten zeigen seit 2006 einen klaren Trend nach oben (vgl. Tabelle 1).

Deutschland	Armutgefährdungsquote	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,1
	SGB II-Quote	10,3	11,2	11,0	10,6	10,4	10,4	9,8
Westdeutschland	Armutgefährdungsquote	13,2	12,7	12,9	13,1	13,3	13,3	14,0
	SGB II-Quote	8,5	9,2	9,1	8,8	8,7	8,8	8,3
Ostdeutschland	Armutgefährdungsquote	20,4	19,2	19,5	19,5	19,5	19,0	19,5
	SGB II-Quote	17,6	19,0	18,9	18,1	17,5	17,0	16,0

Tabelle 1: Armutgefährdung und SGB II-Quote 2005-2011 (in %)

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt (GENESIS) und eigene Berechnungen.

Völlig voneinander losgelöst scheinen dabei Armuts- und Wirtschaftsentwicklung: Ging im Jahre 2006 ein signifikantes Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 4 Prozent noch mit einem Rückgang der Armutsgefährdungsquote von immerhin 0,7 Prozentpunkten einher und schlug sich der Wirtschaftsaufschwung um 5,1 Prozent im Jahr 2010 in einer Abnahme der Armutsgefährdungsquote von 0,1 Prozentpunkten nieder, so kann 2011 kein positiver Zusammenhang mehr zwischen Wirtschafts- und Armutsentwicklung festgestellt werden.

Ganz im Gegenteil: Zwar wuchs das Bruttoinlandsprodukt erfreulicherweise um 3,9 Prozent. Die Armut stieg jedoch ebenfalls um 4,1 Prozent. (11) Die Armutsentwicklung hat sich endgültig von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt. Die Politik scheint nicht willens oder in der Lage, gute wirtschaftliche Entwicklungen so zu nutzen, dass die immer tiefere Spaltung zwischen Arm und Reich wenigstens ansatzweise gestoppt würde. Vielmehr hat sich die Dynamik dieser Spaltung in 2011 sogar noch deutlich verstärkt.

Interessanterweise verlaufen Armutsgefährdungsquoten und SGB-II-Quoten dabei keinesfalls parallel. Während die Einkommensarmut seit 2006 wächst, geht die SGB-II-Quote leicht zurück – auch wenn sie mit 9,8 Prozent im Juli 2011 nach wie vor auf sehr hohem Niveau verharrt. (12)

Dieser umgekehrt proportionale Zusammenhang zwischen Armuts- und Arbeitsmarktentwicklung bedeutet übersetzt, dass immer mehr Menschen auf eine Arbeitsstelle oder Weiterbildung vermittelt werden konnten, dies jedoch häufig zum Preis einer unwürdigen Bezahlung, unsicherer und kaum auskömmlicher Beschäftigungsverhältnisse und völliger Perspektivlosigkeit.

Die Arbeitsmarktpolitik des vergangenen Jahrzehnts und die Schaffung eines Heeres prekär Beschäftigter (»working poor«, Anm. 13) sind zwei Seiten derselben Medaille. Sich über die vermeintlichen Erfolge auf dem Arbeitsmarkt öffentlich zu rühmen, ist angesichts der Millionen Menschen, die trotz Arbeit in Armut lebt, an Zynismus kaum zu überbieten. Die statistischen Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik wurden in Deutschland mit einer Amerikanisierung des Arbeitsmarktes erkaufte.

Zweiter Befund: Deutschland bleibt dreigeteilt, aber der Abstand zwischen Ost und West verringert sich

Im Länderranking (vgl. Tabelle 2) bestätigt sich einmal mehr die Dreiteilung Deutschlands: Die beiden süddeutschen Bundesländer stechen nach wie vor positiv aus dem Gesamtbild heraus. Baden-Württemberg mit einer Armutsquote von 11,2 Prozent tauscht lediglich mit Bayern (11,3 %) den ersten und zweiten Platz im Vergleich zum Vorjahr. Es folgt das große Mittelfeld, bestehend aus neun Bundesländern, die sich um den bundesdeutschen Mittelwert von 15,1 Prozent gruppieren. Abgeschlagen sind die Länder Sachsen (19,6 %), Sachsen-Anhalt (20,5 %), Berlin (21,1 %), Mecklenburg-Vorpommern (22,2 %) und Bremen (22,3 %). Erstmals hat damit ein westdeutsches Bundesland die rote Laterne übernommen.

Die Unterschiede in den Armutsquoten zwischen Ost- und Westdeutschland sind zwar noch eklatant, werden jedoch seit 2005 im Trend etwas kleiner. Betrug damals die Quote West 13,2 Prozent und die Armutsquote Ost 20,4 Prozent, mithin eine Differenz von 7,2 Prozentpunkten, beträgt diese in 2011 gerade noch 5,5 Prozentpunkte. Bemerkenswerterweise ist diese Annäherung in etwa gleichen Teilen einer Verbesserung der Situation im Osten und einer

Verschlechterung der Situation im Westen geschuldet. (14)

Im mehrjährigen Vergleich aller Länder fällt auf, dass Deutschland zwar nach wie vor ein zerrissenes Bild hinsichtlich seiner Armutsquoten abgibt, dass jedoch die Armutsspanne zwischen den Ländern in den letzten vier Jahren zunehmend kleiner geworden ist. Lagen in 2007 zwischen dem ersten Platz (Baden-Württemberg mit einer Armutsgefährdungsquote von 10 %) und dem letzten Platz (Mecklenburg-Vorpommern mit 24,3 %) noch 14,3 Prozentpunkte Differenz, so sind es in 2011 zwischen Baden-Württemberg (11,2 %) und Bremen (22,3 %) „nur“ noch 11,1 Prozentpunkte. (15)

Dritter Befund: Gute Entwicklungen wurden gestoppt, schlechte Entwicklungen beschleunigt

Konnten im Armutsbericht 2011 noch positive Trends für Hamburg, Brandenburg und Thüringen identifiziert werden, so ist diese gute Entwicklung für Hamburg und Brandenburg erst einmal gestoppt. (16) Geling es, die Armutsgefährdungsquote in Brandenburg seit 2005 von 19,2 Prozent kontinuierlich zu senken auf 16,3 Prozent im Jahre 2010, so ist in 2011 wieder ein Anstieg auf 16,9 Prozent zu beobachten. In Hamburg steigt die Armutsquote von 2010 auf 2011 sogar um 10 Prozent auf 14,7 Prozent. Lediglich in Thüringen konnte

2011	2010	Bundesland	Armutsgefährdungsquote 2011
1.	2.	Baden-Württemberg	11,2 %
2.	1.	Bayern	11,3 %
3.	3.	Hessen	12,7 %
4.	5.	Schleswig-Holstein	13,8 %
5.	4.	Hamburg	14,7 %
6.	7.	Rheinland-Pfalz	15,1 %
7.	6.	Saarland	15,6 %
8.	8.	Niedersachsen	15,7 %
9.	9.	Nordrhein-Westfalen	16,6 %
10.	11.	Thüringen	16,7 %
11.	10.	Brandenburg	16,9 %
12.	13.	Sachsen	19,6 %
13.	14.	Sachsen-Anhalt	20,5 %
14.	12.	Berlin	21,1 %
15.	16.	Mecklenburg-Vorpommern	22,2 %
16.	15.	Bremen	22,3 %

Tabelle 2: Armutsgefährdungsquote – Ranking nach Bundesländern

Datenquelle: Amtliche Sozialberichterstattung und eigene Berechnungen

die positive Entwicklung weiter fortgesetzt werden. Hier ging die Armutsquote weiter auf zuletzt 16,7 Prozent zurück – gegenüber 19,9 Prozent in 2005 ein kontinuierlicher Abbau um insgesamt 16 Prozent, der es erlaubt, weiterhin von einem positiven Trend zu sprechen. Thüringen ist damit das einzige verbliebene Bundesland mit einer mehrjährigen, klar positiven Armutsentwicklung.

Ein sehr schlechtes Bild zeichnen die Daten von der Lage in Nordrhein-Westfalen und Berlin. Die bereits in den vergangenen Jahren in den Armutsberichten identifizierten Negativtrends haben sich nicht nur fortgesetzt, sondern sogar auffällig verstärkt. Und auch die Entwicklung in Rheinland-Pfalz ist alarmierend. Die ohnehin sehr negative Entwicklung in Nordrhein-Westfalen und Berlin hat sich von 2010 auf 2011 noch einmal dramatisch beschleunigt. So stieg die Armutsgefährdungsquote in Nordrhein-Westfalen von 15,4 Prozent auf 16,6 Prozent. In Berlin sprang sie sogar um 1,9 Prozentpunkte auf 21,1 Prozent. Das heißt auch: Die Armutsquote hat in Nordrhein-Westfalen seit 2006 kontinuierlich um insgesamt 19,4 Prozent zugenommen, in Berlin sogar um 24,1 Prozent – Tendenz steigend. Rheinland-Pfalz liegt mit einer Armutsgefährdungsquote von 15,1 Prozent zwar genau im Bundesdurchschnitt, doch auch dort gibt der Trend Anlass zu großer Sorge: seit 2006 ein Zuwachs um 14,4 Prozent. Trotz aller Warnzeichen in den vergangenen Jahren ist es demnach in diesen Bundesländern nicht einmal ansatzweise gelungen, die dramatische Situation zu bekämpfen; von einer Verbesserung der Lage ganz zu schweigen.

Vierter Befund: Besonders problematische Entwicklungen zeigen Berlin und das Ruhrgebiet

Berlin mit 3,5 Millionen und das Ruhrgebiet mit über 5 Millionen Einwohnern stellen die beiden größten Ballungsgebiete Deutschlands dar. Beim Ruhrgebiet handelt es sich sogar um das fünftgrößte Ballungsgebiet Europas. Mehr als jeder zehnte Bundesbürger wohnt in einer dieser beiden Regionen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, welche Sprengkraft in den folgenden Erkenntnissen steckt.

In der mehrjährigen Betrachtung weisen Berlin und das Ruhrgebiet die mit Abstand besorgniserregendsten

Thesen: Was getan werden muss



Eine nachhaltige Armutsbekämpfung erfordert langfristige strukturpolitische Maßnahmen – gerade mit Blick auf die Abwärtsspiralen in einigen Regionen. Die aktuellen Befunde verweisen daneben auf die Notwendigkeit eines Sofortprogramms, um die dramatische Armutsentwicklung in Deutschland zu stoppen. Notwendig sind unserer Ansicht nach mindestens sechs Maßnahmen:

1. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zur Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, um so der fortschreitenden Amerikanisierung des Arbeitsmarktes konsequent entgegenzuwirken.

2. Die Einführung einer Mindestrente: Wer langjährig in die Rentenkassen eingezahlt hat, darf im Alter nicht auf Altersgrundsicherung verwiesen werden.

3. Die Einführung eines Mindestarbeitslosengeldes I: Wer voll erwerbstätig ist und Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlen muss, darf nicht, kaum dass er arbeitslos wird, auf Hartz IV verwiesen werden.

4. Eine spürbare Anhebung der Regelsätze in Hartz IV, um die Menschen aus der Einkommensarmut zu holen und den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gerecht zu werden.

5. Einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, um auch für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose neue Perspektiven zu schaffen.

6. Die Einführung einer Energiekomponente im Wohngeld sowie die Neuregelung der Energiekosten in Hartz IV, um Energie für alle bezahlbar zu machen.

Ulrich Schneider, Gwendolyn Stilling, Christian Woltering

Trends in Deutschland auf. Die Negativentwicklungen der vergangenen Jahre haben sich in beiden Gebieten im Berichtszeitraum noch einmal dramatisch beschleunigt. In Berlin stieg, wie beschrieben, die Armutsgefährdungsquote in den vergangenen fünf Jahren um insgesamt 24,1 Prozent. Auch im Ruhrgebiet ist die Armutsquote von 2010 auf 2011 um 1,5 Prozentpunkte auf 18,9 Prozent gestiegen. Seit 2006 hat die Quote in dieser Region damit bereits um 19,6 Prozent zugelegt. (17)

Die Dynamik der Entwicklung im Ruhrgebiet muss dabei als mindestens so dramatisch wie in Berlin eingeschätzt werden. In der Region Dortmund hat die Armut seit 2005 um über 24 Prozent zugenommen. Die Region Duisburg/Essen brauchte dafür sogar noch ein Jahr weniger. In einzelnen Städten des Ruhrgebiets ist die Situation in Teilen noch dramatischer. (18) In der Stadt Dortmund stieg die Quote seit 2005 um über 30 Prozent auf 24,2 Prozent. In Duisburg (23,5 %) betrug der Anstieg seit 2006 sogar über 45 Prozent und in Essen (19,8 %) seit 2007 ganze 57 Prozent.

Die äußerst negative Entwicklung im Ruhrgebiet wird durch den Anstieg der SGB-II-Quoten noch unterstrichen. (19) So waren im Juli 2011 in Dortmund

und Duisburg 17,8 Prozent der Einwohner bis 65 Jahre auf Hartz IV angewiesen, in Essen waren es 18,2 Prozent und in Gelsenkirchen sogar 21,6 Prozent. Nicht ein einziger Ruhrgebietskreis lag unter dem Bundesdurchschnitt von 9,8 Prozent. Besonders besorgniserregend ist, dass diese Quoten in einzelnen Städten und Landkreisen nicht nur auf sehr hohem Niveau verharren, sondern im Trend sogar nach oben zeigen, wie etwa in Mülheim an der Ruhr, in Hamm, in Essen oder in Gelsenkirchen.

Insgesamt bestätigt sich im Ruhrgebiet der Bundestrend, wonach die wachsenden Armutsquoten offensichtlich neben einer hohen Arbeitslosigkeit vor allem dem Niedriglohnsektor und prekärer Beschäftigung geschuldet sind.

Die Daten zeigen sowohl im Bund wie in der Region: Von relativer Konstanz der Armutsgefährdung kann keine Rede mehr sein, auch wenn der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung dieses suggerieren möchte. (20) Bei genauerer Betrachtung weisen die Trends vielmehr wieder dramatisch nach oben.

Es gibt keine Veranlassung für die Schönfärberei der Bundesregierung. Im Gegenteil: ein Gutteil der sozialen Verwerfungen in Deutschland ist auch politisch



Die Armutsgefährdungsquote hat nach dem neuen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes stetig zugenommen und befindet sich derzeit auf einem Höchststand seit der Wiedervereinigung. Der 27-seitige Bericht kann im Internet kostenlos heruntergeladen werden. www.der-paritaetische.de/pressebereich

verursacht. Die Amerikanisierung des Arbeitsmarktes ist das Ergebnis der politischen Entscheidungen und Versäumnisse der letzten Jahrzehnte. Nicht wenige in der Politik haben diese Entwicklung ganz bewusst vorangetrieben, und rühmen sich heute sogar ihrer Taten. (21)

Fazit: UmFairteilen tut Not

Damit eine mittel- und langfristige Bekämpfung der Armut, die insbesondere präventive Aspekte von der Kinderbetreuung über die Bildung bis hin zur sozialen Absicherung pflegender Menschen überhaupt eine Chance hat, werden zusätzliche Ausgaben notwendig sein. Unter dem Damoklesschwert von Schuldenbremse und Fiskalpakt stehend, ist die Finanzierung solcher Maßnahmen schwieriger denn je. Letztendlich hängt es von dem steuer- und haushaltspolitischen Willen der Politik ab.

Damit sind wir bei der Gretchenfrage angelangt: Armutsbekämpfung ist ohne Umverteilung nicht machbar. Über das exorbitant gewachsene Vermögen deutscher Privathaushalte – gerade auch über die jüngste Krise hinweg – ist in den letzten Monaten zu genüge geschrieben worden. Selbst die Bundesarbeitsministerin identifizierte in ihrem ersten Entwurf zum Armuts- und Reichtumsbericht bereits die immer stärker werdende

Einkommensspreizung und Vermögenskonzentration auf immer weniger Haushalte als echtes Problem, und sprach sich für eine stärkere Heranziehung privaten Reichtums zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben aus. (22)

Und dies mit Recht: Es ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. Umverteilung ist eine Frage der Vernunft. Wer es wirklich ernst meint mit der Armutsbekämpfung in Deutschland, wer wirklich etwas tun will gegen den Verfall sozialer Infrastruktur in vielen Kommunen, kommt nicht darum herum, den Reichtum in Deutschland stärker zu besteuern als bisher. Aus diesem Grund kommt dem Bündnis »UmFairteilen« von Gewerkschaften und Attac, von Wohlfahrts- und Sozialverbänden im Wahljahr 2013 so große Bedeutung zu! (23)

Wer Armut auf die Agenda dieses Wahlkampfes setzen will, kommt nicht darum herum, auch die Frage der Finanzierung öffentlicher Aufgaben und sozialer Infrastruktur zum Streitpunkt zu erheben. ■

Anmerkungen

- (1) Der Paritätische Gesamtverband (Hg.) 2009: Unter unseren Verhältnissen. Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland.
- (2) Der Paritätische Gesamtverband (Hg.) 2011: Von Verhärtungen und neuen Trends. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011.
- (3) Vgl. www.amtliche-sozialberichterstattung.de.
- (4) Von Trends sprechen wir, wenn im Auf und Ab der Daten kontinuierliche und signifikante Entwicklungen über mehrere Jahre zu erkennen sind.
- (5) Der Paritätische Gesamtverband (Hg.) 2012: Positive Trends gestoppt, negative Trends beschleunigt. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012.
- (6) Der Mikrozensus (»kleine Volkszählung«) ist die größte Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik und nicht nur aktueller, sondern im Grunde auch zuverlässiger als andere Datenquellen wie EU-SILC oder SOEP.
- (7) Vgl. <http://www.wz-newsline.de/home/politik/inland/armutsbericht-reicher-sueden-arter-norden-1.1186035>.

- (8) Vgl. <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A2armutsgefaehrungsschwellen.html>.
- (9) Vgl. u. a. <http://www.welt.de/politik/ausland/article110632922/Ministerium-rechnet-mit-850-Euro-Lebensleistungsrente.html> (05.11.2012).
- (10) Rudolf Martens 2011: Die Regelsatzberechnungen der Bundesregierung nach der Einigung im Vermittlungsausschuss sowie der Vorschlag des Paritätischen Gesamtverbandes für bedarfsdeckende Regelsätze.
- (11) Vgl. Der Paritätische Gesamtverband (Hg.) 2012: Positive Trends gestoppt, negative Trends beschleunigt. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012. Grafik 1, S. 3.
- (12) a. a. O. Grafik 2; S. 4.
- (13) Zum Phänomen »working poor« vgl. Thomas Rhein: Arbeit und Armut im transatlantischen Vergleich, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Kurzbericht 1/2009.
- (14) Vgl. a. a. O. Grafik 4; S. 6.
- (15) Vgl. Der Paritätische Gesamtverband (Hg.) 2012: Positive Trends gestoppt, negative Trends beschleunigt. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012, Tabelle 2; S. 9.
- (16) Zum Begriff des »Trends«: vgl. Anmerkung 4.
- (17) Vgl. Der Paritätische Gesamtverband (Hg.) 2012: Positive Trends gestoppt, negative Trends beschleunigt. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012, Tabelle 4; S. 11.
- (18) Vgl. a. a. O. Tabelle 3; S. 10.
- (19) Vgl. a. a. O. Tabelle 5, S. 11.
- (20) Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2012: „Lebenslagen in Deutschland. Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. Stand 21.11.2012, S. VIII f./333.
- (21) Vgl. dazu im Einzelnen Schneider, Ulrich: „Armes Deutschland – Neue Perspektiven für einen anderen Wohlstand“, Westend Verlag, Frankfurt 2010.
- (22) Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2012: Lebenslagen in Deutschland. Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. Stand 17.09.2012 S. XX; XXXVIII ff.
- (23) Vgl. www.umfairteilen.de.